

Editorial

Einfluss geht verloren

Im Jahr 2017 wird das Kantonpersonal wohl auf etwa 14 000 Angestellte schrumpfen. Verselbständigungen und Auslagerungen von verschiedenen (Gross-)Betrieben führen zu dieser Fehlentwicklung. Und bei diesen wird der Kanton seinen Einfluss verlieren.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV



Der Grosse Rat gibt durch Auslagerungen und Verselbständigungen seine Kompetenzen ab.

Foto: Burkhalter

Das Kantonspersonal verschwindet. 2014 waren es noch rund 24 000 Kantonsangestellte. Ab 2017 werden es wohl 10 000 weniger sein. Wir werfen in dieser Ausgabe des Diagonals einen Blick auf das erstaunliche Verschwinden des Kantonspersonals. Nach der Sicherung des verlässlichen Lohnanstiegs und des Inkrafttretens des neuen Pensionskassengesetzes sind noch längst

nicht alle personalpolitischen Forderungen erfüllt. Der BSPV hat eine Liste gewünschter Verbesserungen eingegeben, die hoffentlich in der zu erarbeitenden Personalstrategie des Kantons berücksichtigt werden. Einige Punkte der Liste publizieren wir auf Seite 3.

Und viel Platz erhalten die Sektionsberichte – in dieser wie auch in der nächsten

Ausgabe. Der BSPV kann ohne aktive Sektionen nicht bestehen. An der Basis müssen unsere Anliegen diskutiert und eingebracht werden. Und wenn die Hauptversammlungen der Sektionen durch einen gesellschaftlichen Anlass ergänzt werden, dann stärkt das zusätzlich den Zusammenhalt des Kantonspersonals.

2 Aktuelles Thema

Personal

Durch Auslagerungen und Verselbständigungen von kantonalen Betrieben sinken die Personalbestände enorm.

3 Aktuelles Thema

Forderungen

Der BSPV hat der Finanzdirektion seine Forderungen für die zu erarbeitende Personalstrategie zugestellt.

5 Pensionskasse

Sparbetrag

Neu hat ein BPK-Versicherter, unabhängig von einer Einkaufslücke, den ordentlichen Sparbeitrag zu erhöhen.

12 Hinweis

Angebote

Für unsere Mitglieder gibt es Rabatte auf Elektrovelos und nützliche Kursangebote.

Ein Kanton ohne Personal?

Der Bestand des Kantonspersonals sinkt und sinkt. Dies ganz entgegen der landläufigen Meinung, die von einem steten Wachstum ausgeht. Wir werfen einen Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre.



Werden die Strassen von Bern bald leer von Kantonsangestellten sein?

Foto: Zryd

Ein Beispiel von Abbauträumerien

Grossrat Schnegg hat am 29. August 2014 eine Motion eingereicht, die Folgendes fordert: «Der Regierungsrat wird aufgefordert, Massnahmen zu treffen, um den Personalbestand der Kantonsverwaltung per 31.12.2016 um mindestens 10 Prozent, d.h. um 800 Vollzeitstellen (VZE) zu kürzen (Basis Personalbestand 2013: 17917 VZE). Nicht betroffen sind die Universität und die Hochschulen (5942.9 VZE), die Psychiatrie (auf dem Weg der Verselbständigung, 1768 VZE) und die Kantonspolizei (rund 2300 VZE). Als Grundlage für die Massnahme gelten somit die verbleibenden 7900 VZE».

In der Begründung seiner Motion schreibt Grossrat Schnegg: «Mit dem Ausbau und der Entwicklung der Informatiktechnologien, aber auch mit den bereits getroffenen oder noch zu treffenden Massnahmen (Verselbständigung der Psychiatrie) muss die Kantonsverwaltung eine solche Reduktion des Personalbestandes verkraften können, ohne ihre Organisation und ihr Leistungsangebot grundsätzlich in Frage zu stellen». Mit den 800 einzusparenden Stellen könne das Kantonsbudget um jährlich wiederkehrend 80 Millionen Franken entlastet werden.

In seiner Antwort nahm der Regierungsrat klar Stellung zum Anliegen. Er wies darauf hin, dass zuerst die Leistungen abgebaut werden müssen, um das Personal reduzieren zu können. Dies ist teilweise mit dem Sparpaket ASP passiert. Wer zuerst das Personal abbaut und erst nachher die Leistungen, ist auf dem Holzweg. Der Regierungsrat forderte den Grossen Rat auf, die Motion und das unüberlegte Sparpaket abzulehnen.

Der Grosse Rat hat den Vorstoss mit 70 zu 67 Stimmen bei 4 Enthaltungen in der Form eines Postulats angenommen. Der Regierungsrat muss nun prüfen, ob sich dieses wirklichkeitsfremde Anliegen effektiv umsetzen lässt. Der BSPV nimmt mit Befremden von diesem Auftrag Kenntnis.

Einige Berner Grossrätinnen und Grossräte kritisieren die Personalausgaben und den Stellenbestand des Kantons Bern mit den immer gleichen Argumenten. Besser werden diese damit aber noch nicht. Vereinfacht gilt der Grundsatz: Sachausgaben sind besser als Personalausgaben. In den letzten zwei Jahren hat der Grosse Rat zum Glück mehrere Vorstösse, die klar darauf abzielten, den Abbau des Staatspersonals voranzutreiben, abgelehnt. Dies führt zu eigenartigen Entwicklungen. Wir werfen einen Blick zurück und einen in die Zukunft.

9500 Kantonsangestellte verschwinden per Knopfdruck

Seit dem 1. Januar 2015 zählen die Mitarbeitenden der drei Hochschulen des Kantons Bern nicht mehr zum Kantonspersonal. Die Universität, die Fachhochschule und die Pädagogische Hochschule verwalten ihre finanziellen Mittel und ihre Personalbestände nun selbst. Die Kosten für diese drei Grossbetriebe erscheinen im Staatshaushalt bloss noch mit drei Millionenbeträgen.

Per Ende 2013 wiesen die drei Hochschulen noch folgende Bestände auf:

Universität Bern	6472
Berner Fachhochschule	2184
Pädagogische Hochschule Bern	925
Total	9581

Diese 4779 Frauen und 4802 Männer belegen zusammen 5942 Vollzeitstellen. Beachtenswert ist, dass damit der Stellenbestand des Kantons Bern fast um die Hälfte schrumpft. Ende 2014 waren es ohne die 9581 Hochschulangestellten noch 14 492 Kantonsangestellte.

Und nochmals verschwinden

2200 Kantonsangestellte

Auf den 1.1.2017 sollen nun zudem die drei psychiatrischen Anstalten des Kan-

tons Bern in der Waldau, in Münsingen und in Bellelay in Aktiengesellschaften ausgelagert werden. Damit fallen weitere 2200 Kantonsangestellte weg.

Und soeben hat der Regierungsrat die Absicht geäußert, aus finanziellen Gründen auch die Pfarrstellen in den nächsten Jahren an die Kirche abzugeben. Damit wird sich der Stellenbestand um weitere 500 Kantonsangestellte reduzieren, wenn der Grosse Rat diese Fehlentwicklung nicht stoppt.

Aber auch im Kleinen werden Stellen ausgelagert. Das erfolgreiche Labor des Nationalstrassenunterhalts soll privatisiert werden. Und irgendwann tritt der Kanton Bern die Fischereiaufsicht an den Fischereiverband ab, die Wildhut an den Jägerverband, den Forstdienst an die Waldbesitzer, die Polizei an die Securitas...

Grosser Rat ohne Einfluss

Und genau dann werden sich jene Grossräte wieder melden, die den Personalabbau gefordert haben. Denn sie werden keinen Einfluss mehr auf gewisse Entwicklungen im Kanton Bern haben. Die Schliessung der Geburtenabteilungen in den Spitälern Riggisberg und Zweisimmen haben dies bereits klar vor Augen geführt. Wenn eine Aktiengesellschaft das Sagen hat, dann ist die Legislative des Kantons ohne Einfluss. Wollen wir das wirklich? Wäre es nicht an der Zeit, diese Entwicklung aufzuhalten und die Verselbständigung der Psychiatrie oder die Auslagerung des Kirchendienstes zu stoppen? Ist der Grosse Rat wirklich bereit, seinen Einfluss auf wesentliche Entwicklungen im Kanton Bern zu verlieren?

Personalpolitische Forderungen des BSPV

Der BSPV hat der Finanzdirektion des Kantons Bern seinen personalpolitischen Forderungen zugestellt. Diese finden Eingang in die Massnahmen zur Umsetzung der zu erarbeitenden Personalstrategie.

Erste Priorität

- Kontinuierlicher Gehaltsstufenanstieg von jährlich 1,5% (individueller Lohnanstieg)
- Vollständiger Ausgleich der Jahreststeuerung (genereller Lohnanstieg)
- Realloohnerhöhung
- Erhalt und Ausbau einer möglichst flexiblen Jahres- oder sogar Lebensarbeitszeit
- Ausdehnung der Wochenendarbeit auf Samstag 06.00 bis 12.00 Uhr
- Ausdehnung der Zeitgutschrift für das Polizeikorps von 16 auf 20%
- Teuerungsanpassung der Nachtzeitgutschrift
- Teuerungsanpassung der Pikettzulagen
- Zeitzuschlag für Wochenendarbeit

Zweite Priorität

- Zusätzliche Mittel für die Ausgleichung der Delle/Aufholer
- Lohnanstieg für Mitarbeitende unter der Bandbreite (bei genügender Leistung)
- Teuerungsausgleich auf den Renten der BPK & BLVK
- Vermeidung von Sanierungsbeiträgen bei der BPK & BLVK

- Senkung der Finanzierungsbeiträge bei der BPK & BLVK
- Einführung der Gehaltsklassen 31 und 32 mit Überprüfung der Einreihung der Kaderstellen
- Einführung der Vertrauensarbeitszeit für höchste Kader

Dritte Priorität

- Einführung der 40 Stunden-Woche
- Verbesserte Ferienkürzungsregelung bei länger dauernden Abwesenheiten
- Einführung von Berufslaufbahnen mit Gehaltsklassenaufstieg (Polizei u.a.)
- Generelle Überprüfung RPU/BEREBE
- Lohngleichheit Mann/Frau (Chancengleichheit bei Kaderpositionen)
- Förderung der Teilzeitarbeit
- Gesundheitsförderung (Care-Management, Vermeidung Burnouts)
- Lohnnebenleistungen (Fringe benefits)
- Verstärkte Weiterbildungsmöglichkeiten, Erhalt und Ausbau der Stellenkompetenz
- Ökologische Massnahmen beim Arbeitsweg (Bike to work, Libero-Job-Abo usw.)

Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung, Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und Versicherungsofferten – alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

**Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert
geniessen können.**



**Unabhängige
Pensionsplanung**
Beratungsqualität vom BSPV
getestet und für gut befunden.
Mit Sonderkonditionen für
BSPV-Mitglieder.

GLAUSER+PARTNER
VORSORGE | STEUERN | VERMÖGEN

Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45

www.glauserpartner.ch


MEDINEX SA
www.medinex.ch

Offizieller Verteiler Sunrise Communication AG

Ein neues Angebot in der Telefonie für Sie!

**Sie können auf unserer Website www.medinex.ch nachschauen oder
uns auf 022 556 20 20 JETZT anrufen**

Wir werden bald in Bern eine Niederlassung eröffnen

- **Abo#1 CHF 33.80/Monate UNBESCHRÄNKT*** (ohne Telefon)
✓ Unbeschränkte Anrufe SMS/MMS/Internet in der ganzen Schweiz. (GPRS/EDGE/UMTS/HSDPA/3G/4G)
✓  500 Gesprächsminuten in 17 Ländern (Schweiz nach International) Die Fest-oder Mobilanrufe gelten für: Deutschland, Österreich, Liechtenstein, Italien, Frankreich, Grossbritannien, Spanien, Vatikan, Holland, Portugal, Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Kanada und USA.
- **Abo#2 CHF 48.10/Monate UNBESCHRÄNKT***
(Mit einem Telefon! Die Liste ist auf www.medinex.ch)
✓ Unbeschränkte Anrufe SMS/MMS/Internet in der ganzen Schweiz. (GPRS/EDGE/UMTS/HSDPA/3G/4G)
- **Abo#3 CHF 76.70/Monate UNBESCHRÄNKT***
(Mit einem Telefon! Die Liste ist auf www.medinex.ch)
✓ Unbeschränkte Anrufe SMS/MMS/Internet in der ganzen Schweiz. (GPRS/EDGE/UMTS/HSDPA/3G/4G)

Sponsoring: machen Sie einem Freund ein Geschenk!

Mit unserem neuen Abonnement Sponsorschaft können Sie bis zwei Abos für eine Person, die nicht beim Staat arbeitet, machen.

62 bis, route de Frontenex/1207 Genève
Call Center 08 00–18:00: 022 556 20 20/Fax: 022 556 20 21
www.medinex.ch/info@medinex.ch

FRIWASH



**Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern**

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch

Seminar – Meeting – Tagung – Sitzung



Hotel Linde Stettlen

Bernstrasse 59 CH-3066 Stettlen
Wireless for free!
40 gratis Parkplätze

Tel. 031 931 85 86

Fax. 031 931 55 03

info@linde-stettlen.ch

www.linde-stettlen.ch

gutgeplant.ch 
Pensions-, Finanz- & Steuerplanung

■ Pensionierung richtig planen



B. Fankhauser



G. Fuchs



D. Derendinger

Sie wünschen sich eine erstklassige, unabhängige Pensionsplanung welche ausschliesslich auf Ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ziele ausgerichtet ist? Dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. **Sonderkonditionen für BSPV Mitglieder.**

Bestellen Sie kostenlos unsere umfassende Broschüre „Pensionierung“ mit vielen nützlichen Tipps und interessanten Berichten.

gutgeplant.ch

Seftigenstrasse 25, 3007 Bern, Telefon: 031 371 90 90, Fax: 031 371 90 92
info@gutgeplant.ch | www.gutgeplant.ch

BPK: Freiwilliger Einkauf, freiwilliger Sparbetrag – Achtung bei Pensionierung mit Rentengarantie

Im Hinblick auf die Pensionierung ist es oftmals sinnvoll, seine Rentenleistungen auszubauen. Dies kann, sofern eine Vorsorgelücke besteht, mittels freiwilligen Einkäufen geschehen. Zudem haben BPK-Versicherte neu auch die Möglichkeit – unabhängig von einer Einkaufslücke – den ordentlichen Sparbeitrag zu erhöhen.

Im Vergleich zu den tiefen Zinsen auf Konten und Obligationen ist der «steuerfreie» Zins bei der BPK attraktiv. Zudem lassen sich Einkäufe in die Pensionskasse vollumfänglich beim steuerbaren Einkommen abziehen. Zum Zeitpunkt der Pensionierung besteht die Möglichkeit, einen Kapitalbezug von maximal 50% des Altersguthabens zu tätigen. Somit bleibt die Option offen, den heutigen Einkauf bei der Pensionierung wieder als Kapital zu beziehen. Die tiefe Besteuerung (Vorsorgetarif) beim Bezug macht dieses Vorgehen interessant.

Betrachten wir die Situation von Sandra Meier, Jahrgang 1960: Sie würde gerne im Alter von 60 oder 61, also im Jahr 2020/21, in Pension gehen. Sie prüft ihre Möglichkeiten. Dabei stellt sie fest, dass sie letztmals mit Alter 61 in den Genuss der Übergangsregelung mit der 98%-Rentenuntergrenze kommen wird. Die auf ihrem Vorsorgeausweis ausgewiesene Rentengarantie bei Alter 61 ist rund CHF 2800 pro Jahr höher, als die nach Beitragsprimat bei einer Verzinsung von 2% berechnete Rente. Das bedeutet für Sandra, dass Sie mit einem freiwilligen Einkauf zuerst diese Differenz von CHF 2800 «einholen» muss, bevor sich ein Einkauf bei einer Pensionierung vor dem 31.12.2021 bei der Rente finanziell auswirkt. Bis zu diesem Betrag «verpuffen» freiwillige Einkäufe wirkungslos, da die Altersrente dadurch nicht höher ausfällt.



Oliver Grob Archiv: Glauser+Partner

Als nächstes prüft Sandra die Möglichkeiten der zusätzlichen Sparbeiträge «Plus 2» und «Plus 4». Auch hier stellt sie rasch fest, dass sich dies für sie in Bezug auf die Rentenhöhe während der Übergangsfrist (Rentengarantie) bis Ende 2021 nicht lohnt.

Was für Sandra gilt, muss aber nicht für andere Versicherte gelten. Im Einzelfall empfiehlt es sich deshalb, die Situation genau zu prüfen. Insbesondere dann, wenn bei der Pensionierung ein Teil als Kapital bezogen wird, weil hier die Betrachtung ändert. Auf Anfrage hilft die Bernische Pensionskasse dabei gerne und informiert die Versicherten, wenn sie wie im Fall «Sandra» von den Übergangsbestimmungen be-

troffen sind. Auf www.bpk.ch finden sich die entsprechenden Formulare.

Im Rahmen einer gesamtheitlichen Pensionsplanung macht es Sinn, auch weitergehende Aspekte und Fragen zu prüfen. Hier eine Auswahl davon:

- Vorzeitiger Todesfall: wie wirkt sich die Einkaufssumme auf die Hinterlassenenleistungen aus?
- Ehepaar: bei welchem Ehepartner soll der Einkauf/Bezug erfolgen?
- Zeitpunkt: welche Staffelung macht Sinn?
- Kapitalbezug: 3-Jahressperrfrist zwischen Einkauf und Bezug, Anmeldefrist bei Kapitalbezug, anteilmässige Kürzung der Überbrückungsrente

Fazit:

Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich die Frage rund um den Einkauf als vielschichtige Angelegenheit. Es lohnt sich deshalb, vorgängig alle Vor- und Nachteile unter Berücksichtigung der persönlichen Gesamtsituation abzuwägen.

Oliver Grob, eidg. dipl. Finanzplanungsexperte ist Partner bei der Glauser+Partner Vorsorge AG in Bern. Glauser+Partner ist offizieller Finanzratgeber des BSPV und berät Kantonsangestellte in Vorsorge-, Steuer- und Vermögensfragen. BSPV-Mitglieder profitieren von Spezialkonditionen.

Mehr: www.glauserpartner.ch



Adrian Wüthrich

ist Präsident des Polizeiverbandes Bern Kanton, SP-Grossrat, Mitglied der Justizkommission und der Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen sowie Gemeinderat in Huttwil mit dem Ressort öffentliche Sicherheit. Er wird ab September hauptberuflich Präsident von Travail.Suisse, der unabhängigen Dachorganisation der Arbeitnehmenden.

Pikettenschädigungen erhöhen

Der Präsident des Polizeiverbandes, Adrian Wüthrich, setzt sich im Grossen Rat für optimale und gerechte Arbeitsbedingungen für das Polizeikorps und auch für alle anderen Kantonsangestellten ein. Seine Hauptanliegen sind die Erhöhung der Zeitgutschrift für Nacht- und Wochenendarbeit sowie die Anpassung der Entschädigung für Pikettdienst.

Du bist Präsident des Polizeiverbandes, der grössten Sektion des BSPV. Welches sind die zentralen Personalforderungen deiner Sektion?

Wir wollen, dass die Zeitgutschrift für Nacht- und Wochenendarbeit von 16% auf 20% erhöht wird. Das Kantonspersonal erhält mit der neuen Personalverordnung 20%. Nur die Polizeikorpsangehörigen erhalten 16%. Leider hat der Grosse Rat diese Forderung in der Junisession abgelehnt. Die tiefere Zeitgutschrift wird immer noch mit dem früheren Pensionsalter gerechtfertigt. Zweitens fordern wir eine deutliche Erhöhung der Entschädigung für den Pikettdienst. Ein Polizist erhält heute 30 Franken pauschal für einen Tag Pikett. Das ist zu wenig für die dadurch erlittene Einschränkung im Privatleben. Bis Ende 2014 erhielten die Korpsmitglieder eine Zeitgutschrift, die ohne vorgängige Konsultation mit unserem Verband gestrichen wurde. Wir müssen für alle Kantonsangestellten eine Erhöhung der Pikettenschädigungen fordern. Der Kanton ist angewiesen, dass wenn es nötig ist, er auf sein Personal zählen kann. Das ist Service public, der auch etwas kostet. Zum Dritten ist eine Bestan-

deserhöhung nötig, damit die Zahl der Pikettdienste auf mehr Personen verteilt werden kann. Die Polizei hat immer noch einen ausgewiesenen Unterbestand.

Alle wissen, dass die Gehälter der Polizistinnen und Polizisten zu tief sind. Weshalb geht es nicht vorwärts?

Ein Schritt in die richtige Richtung wurde letztes Jahr gemacht. Die Uniformpolizei kann neu bei Erfüllung gewisser Kriterien in die Gehaltsklasse 16 eingereiht werden. Für rund 500 Polizistinnen und Polizisten gab es so auf 2015 einen spürbaren Lohnzuwachs. Das ist ein schöner Erfolg, wofür wir dem Kommando danken. Die Weiterführung des Projekts «Fachlaufbahn» wird dem Personal eine mögliche Weiterentwicklung bieten, auch lohnmassig. Weiterbildungen sind dafür allerdings nötig und verbunden mit mehr Verantwortung. Dadurch gewinnt die Kantonspolizei als Arbeitgeber auch wieder an Attraktivität. Aber wir wollen zusammen mit dem BSPV für alle anderen Kantonsangestellten ebenfalls generell bessere Löhne erreichen.

Der Kanton Bern ist im Vergleich zu anderen Kantonen und zum Bund mit seiner Lohnpolitik im Hintertreffen.

Der Grosse Rat beteuert stets die wertvolle Arbeit der Polizei. Weshalb unternimmt er nichts gegen diesen Missstand?

Ja, es ist unglaublich. Alle loben die Arbeit der Polizei. Wenn es allerdings etwas kostet, wird Nein gesagt. Ich muss es sagen, die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat will keine Massnahmen ergreifen. Das Abstimmungsergebnis zur Motion Zeitgutschriften hat dies gezeigt. Es wird auf die Finanzlage verwiesen, die ja eigentlich gar nicht so schlecht ist. Es bleibt also bei den Sonntagsreden der Politik. Dabei ist es für den Kanton Bern wichtig, gute Leute für den Polizeidienst rekrutieren zu können. Die aktuellen Anstellungsbedingungen führen nicht dazu, dass die Leute in Scharen kommen. Die Wirtschaft hat zu wenige Fachkräfte und sucht ebenfalls gutes Personal. Wir werden weiterhin Mühe haben, genügend Polizistinnen und Polizisten zu finden, welche den heutigen Anforderungen genügen.

Der Regierungsrat macht auch nicht vorwärts?

Ja, leider. Der Regierungsrat schildert in seinem Geschäftsbericht zwar die richtigen Fakten, nur trifft er keine Massnahmen um die Situation bei der Polizei zu verbessern. Immerhin wollen wir den Regierungsrat für die 1,8% loben, die er für den Gehaltsaufstieg 2015 zur Verfügung gestellt hat. Auch die Einführung des Vaterschafts- und Adoptionsurlaubes von 10 Tagen ist eine sehr gute Massnahme. Ich bin darüber besonders zufrieden, weil ich mit einer Motion einen Vaterschaftsurlaub für das Kantonspersonal gefordert hatte. Wir hoffen nun, dass der Regierungsrat bereit ist, bei der Pickettdienstfrage zu helfen. Die Situation ist krass unbefriedigend. Picketteinsätze übers Wochenende belasten das soziale und insbesondere das familiäre Leben sehr. Wir wollen deshalb eine zufriedenstellende Entschädigung.

Die Polizei hat seit Jahren Unterbestände. Was muss getan werden, um die Lücken zu füllen?

Die Polizei hat Mühe schon die normalen Abgänge zu ersetzen. Eine Bestandserhöhung ist dem ASP-Sparprogramm zum Opfer gefallen. Aktuell ist geplant, 2018 wieder mehr Leute zu rekrutieren. Ob das in der Zeit des Fachkräftemangels gelingt, ist fraglich. Wie oben bereits erwähnt, ist die aktuelle Lohnsituation im Kanton Bern sicherlich eine Schwachstelle. Wichtig ist aber auch, dass der Beruf des Polizisten ein gutes Image hat. Das wiederum bedingt, dass Gewalt gegen die Polizei nicht toleriert wird. Immerhin konnte dank dem PVBK das Pensionsalter 62 für die Polizei im neuen Pensionskassengesetz gesichert werden. Dazu muss Sorge getragen werden.

Welchen Belastungen ist ein Polizist besonders ausgesetzt?

An einen Polizisten werden hohe Anforderungen gestellt, mental wie körperlich. Er arbeitet in einem 24-Stunden-Betrieb und leistet so viel Nacht- und Wochenendarbeit. Die psychische Belastung kann hoch sein. Gerade weil die Polizei ein Mittel des

Staaates ist, das Gewalt anwenden darf. Die Belastung und die Anforderungen nahmen in den letzten Jahren zu.

Du bist nun schon über ein Jahr Präsident des Polizeiverbandes. Wie empfindest du die Sektionsarbeit?

Ich habe von allen Seiten, insbesondere von Vorstandsmitgliedern, sehr gute Unterstützung erhalten. Alle sind, trotz Miliararbeit, motiviert und das macht Spass. Auch mit dem Kommando haben wir ein sehr gutes Einvernehmen. Polizeikommandant Blättler habe ich bis jetzt offen für Personalanliegen erlebt.

Der PVBK ist sehr gut organisiert. Wir können unseren Mitgliedern ein gutes Angebot bieten. Wir müssen zusammenstehen, um etwas zu erreichen. Dieses Bewusstsein ist sowohl für den PVBK wie für den BSPV vorhanden.

Wenn der BSPV Aktionen plant, steht der Polizeiverband stets an der Spitze. Kommt das bei der Bevölkerung und bei der Politik gut an?

Ich denke, dass es gut ankommt. Ein wichtiges Feedback dazu haben wir in der Märzsession von der Grossratspräsidentin erhalten. Sie hat die Arbeit der Polizei ausdrücklich gelobt und Gewalt gegen die Polizei verurteilt. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir uns zeigen. Wir unterstützen die Parlamentarische Gruppe Sicherheit bei ihrem jährlichen Anlass und kommen so mit den Grossratsmitgliedern direkt in Kontakt.

Fühlt sich der Polizeiverband durch den BSPV gut vertreten?

Ja, wir schätzen den Einsatz des BSPV. Ohne seine Unterstützung und seine gute

Verankerung in der Bernischen Politik wären wir nicht da, wo wir heute sind. Berufsschutzgesuche werden unkompliziert gewährt und die Beratung ist sehr kompetent. Wir wollen mithelfen, den BSPV weiter zu stärken. Wir haben eine Arbeitsgruppe lanciert, die prüft, ob es möglich ist, alle Angestellten der Kantonspolizei – auch ohne Polizeiausbildung – in die Sektion aufzunehmen. Der Entscheid wird an der Delegiertenversammlung 2016 gefällt. Der PVBK würde so zum umfassenden Sozialpartner der Kantonspolizei. Alle Staatsangestellten sollten beim BSPV in Sektionen organisiert sein. Je mehr mitmachen, desto gewichtiger die Forderungen des BSPV!

Der PVBK ist sehr präsent in der Sicherheitspolitik. Ist die Totalrevision des Polizeigesetzes ein Thema?

Wir verfolgen diese Totalrevision sehr eng. Ich darf den PVBK in einem Gremium der POM vertreten, das erste Überlegungen

«Die Grossratspräsidentin hat die Arbeit der Polizei ausdrücklich gelobt und Gewalt gegen die Polizei verurteilt.»

Adrian Wüthrich

für das Polizeigesetz anstellt. Wir haben auch eine interne Arbeitsgruppe gebildet, welche bereits gewisse Leitsätze entwickelt hat. Diese dienen uns nächstes Jahr bei der Vernehmlassung bei der Erarbeitung unserer Stellungnahme. Wir wollen, dass die Polizei von administrativen Arbeiten entlastet werden kann. Dafür benötigen wir ein einfacheres Abrechnungssystem mit den Gemeinden. Dem PVBK ist es wichtig, dass der Kanton Bern endlich klare Regeln für private Sicherheitsdienste aufstellt. Die Gemeinden beauftragen immer mehr Private für die Überwachung des öffentlichen Raumes. Dieser Entwicklung stehen wir kritisch gegenüber.

Gym-Bern im Dialog mit Erziehungsdirektor Pulver

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver zeigte viel Verständnis für die Gymnasiallehrkräfte und gab äusserst kompetent Auskunft.

Jahresrechnung und Geschäftsbericht haben einen geringen Stellenwert, wenn an einer Hauptversammlung ein Regierungsrat auftritt. Die Sektion Gym_Bern diskutierte an der diesjährigen Sektionsver-

sammlung ausführlich Themen wie Reorganisation 2017, Belastung der Lehrpersonen, Lohngleichheit von Quartallehrkräften, Sozialpartnerschaft usw. Alle bestehenden Probleme können allerdings

nicht immer sofort behoben werden. Am Schluss konnte er den Dank der Anwesenden für sein hohes Engagement und vor allem für den Entscheid in der Quartafrage entgegennehmen.

Sektion Sozialversicherungen

Am 15. April 2015 hat die Sektion Sozialversicherungen beschlossen, den Vorstand der Sektion aufzulösen. Die Sektion besteht weiterhin, ist aber nicht mehr aktiv tätig.

Was ändert:

- Die Sektion hat keinen Vorstand.
- Die Sektion hat zwei Ansprechpersonen. Je eine bei der IV und der AKB. Eine davon ist Mitglied des ZV. Beide sind Mitglieder der AV.
- Alle bisherigen und alle neuen Mitglieder bleiben oder werden Mitglied der inaktiven Sektion Sozialversicherungen.
- Die Sektion erhebt keinen Sektionsbeitrag ab 2016. Die Mitglieder bezahlen ab 2016 einzig noch den Verbandsbeitrag.
- Jederzeit besteht die Möglichkeit, die Mitglieder zu einem Info-Anlass einzuladen.
- Auch die neuen Rentner verbleiben formell in der Sektion Sozialversicherun-

gen, werden aber automatisch nach der Berentung zusätzlich Mitglieder

der starken und aktiven Rentnervereinigung.



Der vorläufig letzte Vorstand der Sektion Sozialversicherungen.

Foto: Burkhalter

VBKBIS mit hohem Besuch

Was macht SVP-Regierungsrat Christoph Neuhaus am 1. Mai im Berner Volkshaus? Er nimmt an der 86. Jahresversammlung des VBKBIS teil. Der Verband der Betriebs- und Konkursbeamten sowie der Bereichsleiter Inkasso Steuerverwaltung des Kantons Bern ist bekanntlich die Sektion mit dem längsten Namen. Sie hat mit 44 Aktiv- und 43 Passiv- sowie 7 Ehren-

mitgliedern einen erfreulichen Bestand. Und der Arbeitsausweis ist beeindruckend, wie Oberrichter Rainer Geiser festhielt: 300 000 Zahlungsbefehle, über 230 000 Fortsetzungsbegehren und 1500 neu eröffnete Konkursverfahren weisen auf die hohe Belastung hin. Im Berichtsjahr gingen 269 Beschwerden bei der Aufsichtsbehörde ein, von denen 80% abgewiesen

wurden. 18 Entscheide wurden ans Bundesgericht weitergezogen, nur in drei Fällen mit Erfolge. Von über 600 000 Amtshandlungen im Jahr 2014 wurden nur 30 zu Recht gerügt. Das sind 0,005 Prozent. Wahrlich ein gutes Zeugnis für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daniel Blaser präsidiert wirklich eine «gefremte» Sektion.

Stabwechsel im Rentnerverband

An der Hauptversammlung der Rentnervereinigung des BSPV nahmen rund hundert Personen teil. Das ist ein Rekord: aus dem bescheidenen Häufchen, das sich vor Jahren zur HV zusammenfand, ist ein Saal voller lebhaft Anteil nehmender Mitglieder geworden. Das ist das Verdienst des Präsidenten Eugen Schneider, der «seinem» Verband mehr Gewicht verschaffen wollte und verschafft hat.

Robert Ruprecht, neuer Präsident der Rentnervereinigung

Sein Amt ist ihm nicht verleidet, aber er vertritt seit langem die Meinung, dass eine Amtszeitbeschränkung – nicht eine Altersbeschränkung – auch bei dieser Sektion des BSPV angezeigt sei. Mit ihm sind aus dem gleichen Grund die Kassierin Jrene Wiedmer und der Beisitzer Hans Ueli Joss aus dem Vorstand ausgeschieden. An ihre Stelle treten Erich Frauenfelder und Menno Beindorf, die per Akklamation gewählt worden sind.

Es ist in den Statuten der Rentner nicht vorgesehen, dass sie Ehrenmitglieder künden sollen. Trotzdem hat der Vorstand vor zwei Jahren den Vorvorgänger von Eugen Schneider, Walter Ochsenbein, zum Ehrenmitglied vorgeschlagen, was die Versammlung gebilligt hat. Ebenso billigte sie nun die Ernennung von Otto Roth und Kurt Binggeli zu Ehrenmitgliedern, beide haben sich mit ihrer Arbeit im Vorstand Verdienste erworben. Mit grossem Applaus ehrte sie auch die drei Zurücktretenden in gleicher Weise.

Eugen Schneider ist ein eigenwilliger und markanter Präsident gewesen. Es war ihm stets ein Anliegen, dass die Rentnervereinigung aktiv und nicht nur politisch



Robert Ruprecht (links) übernimmt das Präsidium von Eugen Schneider. Foto: Burkhalter

bewusst, sondern auch mitgestaltend wirkt. So hat sie die Demonstration gegen den Abbau tatkräftig unterstützt und in der Frage der Umstellung auf das Beitragsprimat auf Fairness gedrängt, um nur diese beiden Beispiele zu nennen. Ihm ist es auch gelungen, einen Kern der Rentner um den Vorstand zu scharen, der nicht nur den Zusammenhalt dieser zweitgrössten Sektion des BSPV fördert, sondern auch ihr politisches Bewusstsein.

Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Sekretär, Robert Ruprecht, gewählt.

Eugen Schneider wird ihm in der ersten Zeit unterstützend zur Seite stehen, da ein anderes Mandat seine Kräfte in den nächsten Monaten noch bindet. Eugen Schneider wird den Sitz in der Geschäftsleitung des BSPV vorderhand noch behalten. Er geht der Sektion also nicht verloren.

Schluss- und gewissermassen Höhepunkt der HV wurde der Beitrag von alt Staatsschreiber Kurt Nuspliger, der ein fesselndes Referat zum Thema «Der Kanton Bern – alte Geschichten und neue Herausforderungen» hielt.

Nachruf Frieda Amstutz

Der BSPV wird das langjährige Ehrenmitglied Frida Amstutz, geboren am 16.6.1934, in dankbarer Erinnerung behalten und spricht der Trauerfamilie ihr herzliches Beileid aus. Sie war die erste Präsidentin der Abgeordnetenversammlung, Zentralvorstandsmitglied und Rechnungsrevisorin beim BSPV.

Jubiläumsbuch gratis

Der BSPV hat im Jahr 2012 sein 100-jähriges Jubiläum gefeiert. Von seinen Anfängen bis ins Jahr 2012 wird die Geschichte des BSPV mittels beeindruckender Texte und Fotos in einem Buch dokumentiert. Das Jubiläumsbuch kann gratis auf der Geschäftsstelle abgeholt oder bestellt werden.

Geschäftsstelle macht Ferien

Vom 13. bis 24. Juli 2015 macht der BSPV Betriebsferien. Die Geschäftsstelle bleibt daher geschlossen. Rechtsberatungen und Rechtsgesuche werden ab Montag 27. Juli 2015 wieder durchgeführt respektive beantwortet. Ebenfalls REKA-Checks können ab dem 27. Juli bezogen werden. Der BSPV wünscht allen Mitgliedern schöne Sommerferien.

Ein Wochenende in

Berlin.

Bahnticket mit Reka-Geld bezahlen – und weiterkommen!

Alle Annahmestellen im öffentlichen Verkehr und weitere 9'000 in der ganzen Schweiz finden Sie unter rekaguide.ch

Mit Reka liegt mehr drin.

reka 

5%
sparen!

Reka-Geld: beim Bernischen Staatspersonalverband mit Rabatt

Mitglieder des BSPV erhalten **Reka-Geld mit 5 % Rabatt.**



SAISONGERECHT, FRISCH UND
AUTHENTISCH!
GENIESSEN SIE UNSERE TESSINER
UND ITALIENISCHEN SPEZIALITÄTEN
7 TAGE GEÖFFNET
DURCHGEHEND WARME KÜCHE
UND PIZZA.

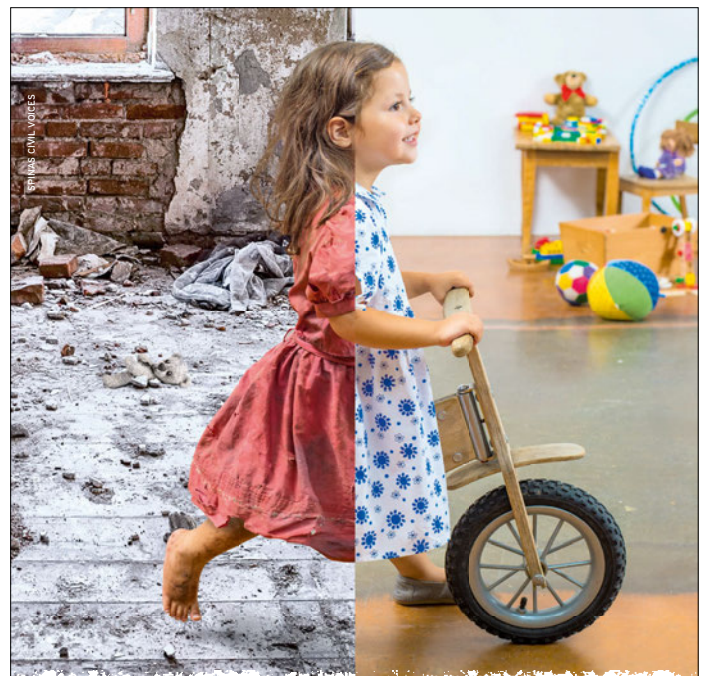
Familie S. + D. Cafiero



Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero

www.grotto-ticino.ch

Breitenrainplatz 26 · 3014 Bern · Tel. 031 331 96 77



Werden Sie **Schicksalswender**

Mit einem Franken pro Tag wenden Sie leidvolle Kinderschicksale zum Besseren. Jetzt unter www.tdh.ch/jedertagzaehlt



Terre des hommes
Kinderhilfe weltweit. tdh.ch

108 Jahre Verband der Bernischen Betreibungsweibel

Rund 30 Betreibungsweibelninnen und -weibel trafen sich dieses Jahr zur bereits 108. Jahresversammlung in Prés-d'Orvin im Berner Jura.

Da sich zunächst kein neuer Präsident finden liess, stand die Inaktivierung oder Auflösung des traditionsreichen Verbandes zur Sprache. Dazu kommt es nun nicht. Zum Glück! In letzter Minute konnten in verdankenswerter Weise die Weibel der

Region Jura bernois den Vorstand verstärken. Sie stellen mit Sylvain Grosjean den neuen Präsidenten. Neuer Vizepräsident ist Patrick Schnyer und als Sekretär amtiert neu Sandy Cantoni.



Urs Gehri (rechts) stösst mit seinem Nachfolger Sylvain Schnyder an.

Foto: Burkhalter

108 ans de l'Association des agents de poursuites du canton de Berne

Cette année environ 30 agents de poursuites se sont rencontrés pour le 108^{ième} assemblée générale à Prés-d'Orvin dans le Jura bernois.

En raison de ne pas pouvoir trouver un successeur à la présidence, on parlait d'une inactivation ou d'une dissolution de cette association traditionnelle. Mais grâce aux agents de poursuites de la région Jura bernois de venir renforcer en dernière minute

le comité bernois, une dissolution a été évitée. Ils ont désigné Sylvain Grosjean comme nouveau président. Patrick Schnyder a été élu nouveau vice-président et Sandy Cantoni nouveau secrétaire.

Verwaltung ist Gestaltung

Wenn ich als Grossrätin auf die Personalpolitik des Staates Bern blicke, so sehe ich einerseits die durchwegs positiven persönlichen Begegnungen mit Mitarbeitenden der Staatskanzlei und der einzelnen Direktionen. Andererseits höre ich im Ratssaal in regelmäßigen Abständen, dass irgendwo in der Verwaltung irgendein Abbau beim Staatspersonal nötig sein soll. Begründet werden solche Vorstösse mit finanzpolitischen Überlegungen, die darauf zielen, den Personalbestand in



Foto: Ursula E. Brunner

Ursula E. Brunner, Gemeinde- und Grossrätin, Nationalratskandidatin SP

der sogenannten «Zentralverwaltung» zu reduzieren.

Als Organisationsberaterin weiss ich, was es heisst, bei schwieriger werden Rahmenbedingungen Dienstleistungen zu erbringen und zugleich die Qualität der Aufgabenwahrnehmung sicherzustellen. Eine moderne Verwaltung braucht motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die vordenken, mit-denken und nach-denken. Verwaltung ist Gestaltung! Wie lange mag es noch dauern, bis dieser Gedanke auch bei der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat zur Erkenntnis führt, dass eine gute Verwaltung mit motivierten Mitarbeitenden dem ganzen Kanton Bern dient?

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

BSPV-Mitglieder können sparen und profitieren!

Die sportliche Altersvorsorge



Bewegung macht Spass und hilft die körperliche Fitness zu erhalten und zu steigern. Regelmässige, körperliche Aktivität kann das Auftreten verschiedener Erkrankungen verhindern oder bei bereits bestehenden Erkrankungen den Verlauf günstig beeinflussen. Eine ausgewogene, gesunde Work-Life-Balance ist wichtig wirkt sich positiv auf ihre Gesundheit bis ins hohe Alter aus.

Beratung, Testfahrt und Bestellung sind bei jedem Stromer-Vertragshändler mög-

lich. Wählen Sie Ihren individuellen Stromer für sich oder ihre Mitarbeiter und profitieren Sie von einem **Rabatt von 800 Franken!** E-Bikes sind eine elegante und effiziente Lösung für die regionale Mobilität. Die Aktion läuft noch bis am 31. Oktober 2015.

Mehr dazu: www.bspv – Dienstleistungen – Vergünstigungen – Stromer e-Bike (Promo-Code: BSPV) www.stromerbike.com

Pensionskasse und Dreisäulenprinzip – einfach erklärt

Dieser Weiterbildungskurs ist für alle, die sich mit ihrer Versicherungssituation aktiv auseinandersetzen möchten. Die Teilnehmenden erhalten einen Überblick über das schweizerische Sozialversicherungssystem und können die eigene Situation realistisch einschätzen.

Wie funktioniert das Dreisäulenkonzept mit der AHV und IV, der Pensionskasse und der dritten Säule? Wie sicher ist meine Pensionskasse? Wie werden meine Gelder angelegt und welche Leistungen kann ich erwarten (Alter, Invalidität)? Welche Möglichkeiten habe ich, mich finanziell besser abzusichern? Mit welchen Leistungen können ich und meine Angehörigen rechnen? Wie plane ich meine Pensionierung? Gibt es Möglichkeiten, schrittweise in Pension zu gehen? Kann ich über das Pensionsalter hinaus arbeiten?

Leitung:

Andrea Frost-Hirschi, Juristin, Geschäftsleitungsmitglied BSPV und Vertreterin der Angestellten in der Verwaltungskommission der Bernischen Pensionskasse (BPK), und Spezialisten der Bernischen Pensionskasse.

Kursdatum:

26. August 2015, 8.30–17.00 Uhr

Kursort:

Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern

Kosten (inkl. Mittagessen):

BSPV-Mitglieder:

CHF 150.00

Mitglieder KVBE, LEBE, SBK:

CHF 210.00

Nichtmitglieder: CHF 300.00

Nächste Kurse im Überblick:

Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht:

7. September 2015

(18.00–21.00 Uhr),

8. September

(14.00–17.00 Uhr)

Coaching – ein Instrument für Führungspersonen (Grundkurs):

27. August 2015

(9.00–17.00 Uhr)

Coaching – ein Instrument für Führungspersonen (Folgekurs):

28. Oktober 2015

(13.30–17.00 Uhr)

Weitere Kursangebote unter:

www.bspv.ch – Dienstleistungen – Kursangebote/Seminare

Anmeldung für BSPV-Kurse

Vorname:

Name:

Adresse:

E-Mail:

Kurs:

Datum:

Unterschrift:

Anmelden per Post: BSPV, Postfach 533, 3000 Bern 8 oder per E-Mail an: sekretariat@bspv.ch

CPB: rachat facultatif et cotisation d'épargne volontaire. Avantages et inconvénients de la rente garantie

Préparer sa retraite en maximisant ses prestations de rente vaut souvent la peine. Les rachats facultatifs permettent par exemple de remédier à une lacune de prévoyance. Par ailleurs, les assurés de la CPB ont désormais la possibilité d'augmenter leur cotisation d'épargne de base, indépendamment d'une lacune de prévoyance.

Glaser+Partner

Le taux d'intérêt «non imposable» de la CPB est intéressant, comparé aux faibles revenus des comptes et des obligations. En outre, les rachats dans la caisse de pension peuvent être intégralement déduits du revenu imposable. Au départ à la retraite, l'assuré peut effectuer un retrait de capital limité à 50% du capital-vieillesse. Il est donc possible de transformer son rachat en capital au moment de la retraite. Une option que le faible taux d'imposition (tarif prévoyance) au retrait rend intéressante.

Prenons l'exemple de Sandra Meier, née en 1960: elle souhaite prendre sa retraite à l'âge de 60 ou 61 ans, c'est-à-dire en 2020/21. Elle étudie les possibilités qui s'offrent à elle. Ainsi, elle constate qu'elle bénéficiera pour la dernière fois à 61 ans du régime transitoire et du seuil minimum de 98%. D'après son certificat de prévoyance, sa rente garantie à 61 ans dépasse d'environ CHF 2800 par an la rente en primauté des cotisations avec une rémunération de 2%. En d'autres termes, à elle de compenser d'abord cette différence de CHF 2800 par un rachat facultatif, pour que des rachats ultérieurs génèrent une augmentation de sa rente en cas de retraite avant le 31.12.21. Jusqu'à cette somme, les rachats facultatifs restent sans effet puisque la rente de vieillesse n'augmente pas.

Sandra examine ensuite les options de cotisations d'épargne supplémentaires



Oliver Grob

Archiv: Glaser+Partner

«Plus 2» et «Plus 4». Ici aussi, elle constate rapidement que les avantages en termes de montant de la rente pendant le délai de transition (rente garantie) jusqu'à la fin 2021 ne sont pas intéressants pour elle.

Mais le cas de Sandra n'est pas valable pour tous. Il est donc recommandé d'analyser soigneusement ses paramètres individuels. Notamment si l'on prévoit un retrait partiel sous forme de capital au moment du départ à la retraite, cas dans lequel la donne change. Sur demande, la Caisse de pension bernoise apporte volontiers son aide et conseille les assurés qui, comme Sandra, sont concernés par les dispositions transitoires. Les formulaires nécessaires sont disponibles sur www.cpb.ch.

D'autres aspects ou questions méritent eux aussi d'être pris en compte lors de la préparation globale de la retraite. En voici une sélection:

- Décès prématuré: quel est l'impact de la somme de rachat sur les prestations pour survivants?
- Couple marié: quel conjoint doit procéder au rachat/retrait?
- Planification dans le temps: quel type d'échelonnement choisir?
- Retrait de capital: blocage de 3 ans entre rachat et retrait, délai d'annonce avant retrait de capital, réduction proportionnelle de la rente-pont

Conclusion:

Un examen plus approfondi montre que le thème du rachat est complexe. Il vaut donc la peine de peser le pour et le contre en tenant compte de tous ses paramètres personnels.

Oliver Grob, expert diplômé en conseil financier est partenaire chez Glaser+Partner Vorsorge AG à Berne. Glaser+Partner est le conseiller financier officiel de l'APEB. Cette société offre aux employés cantonaux ses conseils en matière de prévoyance, d'impôts et de fortune. Les membres de l'APEB bénéficient de conditions spéciales.

En savoir plus: www.glaserpartner.ch

Un canton sans personnel?

Les effectifs du personnel de l'Etat ne cessent de fondre, même si l'idée qu'ils sont en perpétuelle croissance reste très répandue dans l'opinion publique. Revenons sur l'évolution de ces dernières années.



N'y aura-t-il bientôt plus d'employés cantonaux dans les rues de Berne? pour l'exercice 2014.

Photo: Zryd

Rêveries autour du démantèlement: un exemple

Le 29 août 2014, le député Pierre-Alain Schnegg a déposé une motion réclamant la chose suivante: «Le Conseil-exécutif est chargé de prendre les mesures permettant de réduire le personnel de l'administration du canton de Berne d'au moins 10% par rapport à la situation 2013, à savoir de supprimer 800 équivalents plein temps (EPT) par rapport au total de 2013, 17 917 EPT, (- université et hautes écoles: 5942,9 EPT), (- psychiatrie [en cours d'autonomisation]: 1768 EPT), (- police cantonale: env. 2300 EPT) = base 7900 EPT, et ce pour le 31 décembre 2016.»

Pierre Alain Schnegg justifie ainsi sa revendication: «Avec le développement des technologies de l'information, mais également avec les mesures déjà prises ou encore à prendre (par exemple autonomisation de la psychiatrie), l'administration cantonale doit pouvoir faire face à une telle réduction de son personnel sans remettre en cause fondamentale-

ment son organisation ni les prestations offertes.» Avec ces 800 postes en moins, le budget cantonal pourrait être allégé d'une charge annuelle récurrente de 80 millions de francs.

Le Conseil-exécutif a répondu clairement à la requête de la motion. Il a fait remarquer que, pour pouvoir réduire le personnel, il fallait d'abord diminuer les prestations. C'est ce qui s'est passé en partie avec le paquet d'économies EOS. Si l'on réduit le personnel avant de diminuer les prestations, on fait fausse route. Le Conseil-exécutif a donc invité le Grand Conseil à rejeter la motion et ce paquet d'économies irréflecté.

Par 70 voix contre 67 et 4 abstentions, le Grand Conseil a accepté l'interpellation sous forme de postulat. Le Conseil-exécutif doit désormais examiner la possibilité de mettre en œuvre cette demande totalement déconnectée de la réalité. C'est avec stupéfaction que l'APEB a pris connaissance du résultat.

Plusieurs membres du Grand Conseil bernois pointent du doigt les frais de personnel et les effectifs cantonaux. Ils ressassent toujours les mêmes arguments, sans devenir plus convaincants pour autant. Le principe de base est le suivant: mieux vaut des dépenses de matériel que des frais de personnel. Ce qui aboutit à des résultats surprenants. Nous vous invitons à un petit voyage dans le temps, entre passé et futur. 9500 employés cantonaux disparaissent du jour au lendemain

Depuis le 1^{er} janvier 2015, les collaborateurs des trois hautes écoles du canton de Berne ne font plus partie du personnel cantonal. L'université, la haute école spécialisée et la haute école pédagogique assurent elles-mêmes la gestion de leur budget et de leurs effectifs. Les parts respectives des coûts de ces trois grands établissements dans les finances publiques ne se chiffrent plus qu'en millions.

Effectifs des trois hautes écoles à la fin 2013:

Université de Berne	6472
Haute école spécialisée bernoise	2184
Haute école pédagogique de Berne	925
Total	9581

Au total, ces 4779 collaboratrices et 4802 collaborateurs assurent 5942 unités à temps plein (UTP). Nous constatons donc que les effectifs du canton de Berne ont quasiment diminué de moitié. Sans compter les 9581 collaborateurs des hautes écoles, les employés cantonaux étaient encore au nombre de 14 492 à la fin 2014.

Nouvelle suppression de 2200 postes cantonaux

Le Canton prévoit, au 1^{er} janvier 2017, d'externaliser les trois centres psychia-

triques de Waldau, Munisenges et Bellelay pour les confier à des sociétés par actions. Ainsi, 2000 autres postes sont amenés à disparaître.

Stopper cette dérive

Et le Conseil-exécutif vient d'annoncer que les postes d'ecclésiastiques seront également cédés à l'Eglise dans les années à venir pour des raisons financières. Si le Grand Conseil ne stoppe pas cette dérive, 500 postes supplémentaires sont condamnés à disparaître.

L'externalisation est aussi pratiquée à petite échelle. Ainsi, il est question de privatiser le très performant Laboratoire de construction des routes. Et ce n'est qu'une question de temps avant que le Canton ne cède la surveillance de la pêche à la Fédération de la pêche, la surveillance de la chasse à la Fédération des chasseurs, le service forestier aux propriétaires des forêts, la police à Securitas...

Le Grand Conseil a les mains liées

C'est à ce moment que les membres du Grand Conseil réagiront. Car ils se trouveront totalement privés d'influence sur le développement du canton de Berne. La fermeture des services de maternité dans les hôpitaux de Riggisberg et Zweisimmen en est la preuve éclatante. Quand une société par actions est aux commandes, l'organe législatif du canton n'a plus son mot à dire. Est-ce vraiment ce que nous voulons? Le

moment n'est-il pas venu d'enrayer cette évolution et de stopper la privatisation des centres psychiatriques ou l'externalisation du service ecclésiastique? Le Grand

Conseil est-il vraiment prêt à renoncer à toute influence sur l'avenir du canton de Berne?



MEDINEX SA
www.medinex.ch

Distributeur Officiel Sunrise Communication AG

Une nouvelle offre dans la téléphonie mobile vous concerne directement !

Consulter notre site Internet www.medinex.ch ou appeler nous au 022 556 20 20 MAINTENANT !

Nous ouvrirons bientôt une succursale sur Berne

- **Abo#1 CHF 33.80/mois ILLIMITE*** (sans subvention de téléphone)
 - ✓ En Suisse appels inclus et illimités sur tous les opérateurs fixes et mobiles, SMS, MMS, Internet-Sunrise Data (GPRS/EDGE/UMTS/HSDPA/3G/4G).
 - ✓  1500 minutes de téléphonie incluse pour les appels (Suisse vers international) Les pays inclus sont: Allemagne, Autriche, Liechtenstein, Italie, France, Grande-Bretagne, Espagne, Vatican, Pays-Bas, Portugal, Belgique, Danemark, Norvège, Suède, Finlande, Canada, États-Unis.
- **Abo#2 CHF 48.10/mois ILLIMITE*** (avec un smartphone avant dernière génération, liste sur notre site internet)
 - ✓ En Suisse appels inclus et illimités sur tous les opérateurs fixe ou mobile, SMS, MMS, Internet-Sunrise Data (GPRS/EDGE/UMTS/HSDPA/3G/4G) inclus et illimité.
- **Abo#3 CHF 76.70/mois ILLIMITE*** (avec Smartphone nouvelle génération, liste sur notre site internet)
 - ✓ En Suisse appels inclus et illimités sur tous les opérateurs fixe ou mobile, SMS, MMS, Internet-Sunrise Data (GPRS/EDGE/UMTS/HSDPA/3G/4G) inclus et illimité.

De plus, nous vous proposons notre nouvelle offre « Parrainage » : faites un cadeau à un ami !

Vous pouvez faire bénéficier jusqu'à deux personnes ne travaillant pas à l'État de notre offre !

62 bis, route de Frontenex / 1207 Genève
Call Center 08 00-18:00 : 022 556 20 20 / Fax : 022 556 20 21
www.medinex.ch / info@medinex.ch

Impressum



Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch
ISSN 2997-1866

Redaktion

Daniela Zryd
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch
Christine Theumann-Monnier
Sabine Ritz

Inseratenverwaltung

Stämpfli AG
Wölflistrasse 1
Postfach
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli AG
Postfach
3001 Bern

Editorial

Une influence menacée

Le nombre d'employés cantonaux est appelé à chuter à 14 000 environ dès 2017. Cette dérive est due à la privatisation et à l'externalisation de divers (grands) établissements, sur lesquels le Canton va perdre de son influence.

Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB



Avec les externalisations et les privatisations, le Grand Conseil renonce à ses prérogatives.

Foto: Burkhalter

Les employés cantonaux sont voués à disparaître. Si leur nombre s'élevait encore à 24 000 environ en 2014, il y en aura 10 000 en moins dès 2017. Nous nous penchons dans cette édition de Diagonal sur l'étonnante disparition du personnel cantonal.

Malgré l'assurance d'une progression salariale fiable et de l'entrée en vigueur de la

nouvelle loi sur les caisses de pension, nos exigences sont loin d'être toutes satisfaites. L'APEB a soumis une liste de demandes d'amélioration qui, espérons-le, sera prise en compte dans la future stratégie de personnel du Canton. Vous trouverez une partie de cette liste à la page 3.

Cette édition, tout comme la suivante, accorde une place importante aux sections, indispensables à l'action de l'APEB. Car le débat doit se dérouler à la base. Et si les réunions générales des sections s'accompagnent d'un événement convivial, la cohésion du personnel cantonal n'en sera que renforcée.

14 **Sujet actuel**

Personnel

Par externalisations et privatisations des entreprises cantonales, les effectifs du personnel chutent énormément.

3 **Sujet actuel**

Revendications

L'APEB a transmis à la Direction des finances ses revendications en vue de la future stratégie du personnel.

13 **Caisse de pension**

Cotisation d'épargne

Les assurés de la CPB (avec ou sans lacune de rachat) ont la possibilité d'augmenter leur cotisation d'épargne.

12 **Note**

Avantages

Nos membres bénéficient d'un rabais de 800 francs sur des vélos électriques et d'offres de cours utiles.